



KOLUMNE der DFG

02. November 2023

Die heutige Kolumne befasst sich nicht wie sonst mit den deutsch-französischen Beziehungen, sondern aus aktuellem Anlass mit Frankreichs Verhältnis zu Afrika.

Frankreich war bis Mitte des letzten Jahrhunderts zusammen mit Großbritannien das europäische Land mit den meisten Kolonien in Afrika. Auf deren Territorien entstanden im Rahmen der Dekolonisierung ab etwa 1960 unabhängige Staaten vom Senegal im Westen des Kontinents bis zu Madagaskar, der größten Insel am Südostrand Afrikas. Im August 1960 waren 14 Staaten, darunter mit Togo und Kamerun zwei ehemalige deutsche Kolonien, selbständig geworden. Die Mehrheit dieser souveränen Staaten liegt in oder am Rande der sog. Sahelzone. Bis auf den Senegal, der in über 60 Jahren keinen gewaltsamen Regimewechsel erfahren hat, gab es in all diesen Staaten nach der Unabhängigkeit Putsche, insgesamt waren es in Afrika fast 100 in den ersten 30 Jahren. Die Gründe dafür lagen neben anderen darin, dass demokratische Institutionen fehlten oder nicht funktionierten und es daher kaum Mechanismen gab, um unfähige oder korrupte Staatschefs loszuwerden oder sie zumindest dazu zu bewegen, ihre Arbeit zum Wohle des Ganzen und nicht nur für ihre Taschen zu tun. Weder Justiz noch Medien waren unabhängig genug, um Verfehlungen erfolgreich zu sanktionieren oder doch wenigstens öffentlich anzuprangern, sodass in letzter Instanz eben das Militär eingriff. Die im Laufe der Jahre entstehenden regionalen Organisationen wie die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS oder die nach dem Modell der EU verfasste Afrikanische Union verurteilten diese Staatsstreiche regelmäßig und griffen in einzelnen Fällen zu Sanktionen oder gar zu militärischen Interventionen. Mit der zunehmenden Ausbildung einer

Zivilgesellschaft und der sich in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts stetig verbessernden wirtschaftlichen und sozialen Lage in den meisten afrikanischen Ländern ließ die Zahl der Staatsstreiche im ganzen Kontinent dramatisch nach; die bei weitem größte Zahl der 54 unabhängigen afrikanischen Staaten waren in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts mehr oder weniger demokratisch verfasst und wurden in vielen Fällen auch demokratisch regiert; leider nicht in allen mit der Folge, dass die Menschen zunehmend von den Eliten ihrer Länder enttäuscht wurden.

Hinzu kam eine sich ab Mitte der 10er Jahre verschlechternde Sicherheitslage, die ebenfalls dazu beitrug, die positive Entwicklung der letzten zwei bis drei Dekaden weitgehend zunichte zu machen. Fundamentalisten und islamistische Terroristen drangen aus Libyen nach Mali ein und verbreiteten sich auch in Burkina Faso und im Niger. Die Sahelzone wurde zu einem neuen Zentrum islamistischen Terrors; organisierte Kriminalität und ethnische Konflikte taten ein Übriges, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu lähmen, die durch die Folgen des Klimawandels und eines exponentiellen Bevölkerungswachstums ohnehin bedroht war. Das führte in den darauf folgenden Jahren zu erneuten militärischen Machtübernahmen: in Guinea und im Tschad 2021 sowie in Mali und Burkina Faso 2022, an die sich in diesem Jahr ein Putsch der Präsidialgarde Nigers gegen den amtierenden und legal gewählten Präsidenten und vor wenigen Tagen in Gabun anschloss, wo das Militär die jüngste Präsidentschaftswahl (bei der der Sohn des früheren Präsidenten Bongo in einer eher zweifelhaften Wahl zum dritten Mal im Amt bestätigt worden war) annullierte und den amtierenden Präsidenten unter Hausarrest stellte.

Dass dies von den betroffenen Bevölkerungen überwiegend positiv, teilweise gar jubelnd aufgenommen wurde, lag einerseits daran, dass die Armeen in diesen Ländern in den putscharmen Dekaden Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger als neutrale Institution des Staates gewinnen konnten, während andererseits die führenden Eliten wegen Unfähigkeit oder Korruptionsvorwürfen immer stärker abgelehnt wurden, die Armee also vielen als so etwas wie ein Retter der Nation erschien.

In den Jubel über das (zumindest vorläufige) Ende der betroffenen Regime mischte sich aber zum Teil lautstarker, auch gewaltsamer Protest gegen das Land, das über Jahrzehnte die Führungsschicht in diesen Ländern gestützt hat: es ist in der Tat bemerkenswert, dass alle von der jüngsten Putschwelle betroffenen Staaten ehemalige französische Kolonien sind, in denen Frankreich über Jahrzehnte maßgeblichen wirtschaftlichen und/oder militärischen Einfluss ausübte. Die Währung der meisten dieser Staaten, der westafrikanische Franc-CFA, wird von Frankreich garantiert. Es hat massive ökonomische Interessen in der Region und ist mithin nachhaltig an einer Stabilität der Region und damit auch der Regime interessiert und hat zu diesem Zweck Truppenkontingente in diesen Ländern stationiert. All dies wurde im Laufe der Jahre von weiten Kreisen der Bevölkerung als belastend, zum Teil als demütigend empfunden. In Verbindung mit der Vernachlässigung der Bevölkerungen durch die von Frankreich gestützten Eliten und wachsenden wirtschaftlichen Problemen und sozialen Verwerfungen entwickelte sich über die Jahre eine starke anti-französische Einstellung vor allem bei der jüngeren Bevölkerung, die die ehemalige Kolonialmacht für alles und jedes verantwortlich machte. Das gilt nicht nur für die Sahelländer mit ihren immensen wirtschaftlichen Problemen, sondern etwa auch für Gabun (nach 57 Jahren der Herrschaft des Bongo-Clans), findet sich aber in abgeschwächter Form selbst im Senegal, dessen traditionell vergleichsweise demokratisches System in den letzten Jahren deutlich mehr Defizite aufweist.

Exemplarisch lässt sich dies im Niger beobachten, das bislang der Hauptlieferant des für den Betrieb der zahlreichen französischen Atomkraftwerke erforderlichen Urans war. Nicht zuletzt aus diesem Grund gab es dort ein massives französisches Truppenkontingent, das nun bis Ende des Jahres

abgezogen werden soll. Von den Erlösen des Uranabbaus profitierte aber der einfache nigrische Bürger nahezu überhaupt nicht, wenn man einmal von den nicht unproblematischen Arbeitsplätzen in den Uranminen absieht. Der demokratisch gewählte, eher westlich orientierte Präsident war öffentlich stets mit Nachdruck für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingetreten, wovon viele Nigrer in der Praxis aber eher wenig verspürten. Dass er zu einer Verbesserung der Sicherheitslage beigetragen hatte, verschleierte nur notdürftig eklatante Missstände im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, die ihm und der ihn stützenden frankophilen Elite und damit auch Frankreich zur Last gelegt wurden. Auf einer Skala der Vereinten Nationen für humane Entwicklung rangiert der Niger nach wie vor auf dem 189. Platz (von 191 gelisteten Staaten): daher der Jubel über den Putsch und die gleichzeitige Wut gegen den französischen Einfluss im Land.

Ob die Militärs es diesmal besser machen und ihre Versprechen einlösen, bleibt abzuwarten. Zweifel sind allerdings erlaubt. Die Sicherheitslage in Mali und Burkina Faso hat sich unter den Militärregimes jedenfalls bereits deutlich verschlechtert, wirtschaftlich geht es den Ländern so schlecht wie eh und je. Und im Niger sieht es bislang auch nicht anders aus. Hoffnungen auf nachhaltige russische oder chinesische Hilfe dürften angesichts deren Interessenlage vergeblich sein. Es wird also wohl der Westen sein müssen, der diese Länder auf ihrem Weg zu Stabilität und Prosperität begleitet. Mit der bisherigen Entwicklungshilfe wird das aber kaum gelingen. Vielleicht sind die ansonsten ja eher unerfreulichen Systemwechsel in diesen Ländern aber auch eine Chance für ein Umdenken in Richtung einer wirklichen Zusammenarbeit souveräner Partner auf „Augenhöhe“ für Wachstum und Wohlstand. Das gilt nicht nur für die Sahelzone, sondern auch für Afrika ganz allgemein. Daran muss Frankreich wie uns schon aus wohlverstandener Eigeninteresse gelegen sein. Dass dies bei uns auch so gesehen wird, möge die Tatsache zeigen, dass dieser Tage der Bundespräsident und der Bundeskanzler sowie eine Bundesministerin nahezu zeitgleich in drei Regionen Afrikas unterwegs waren.

Dr. Rainald Steck

Vize-Präsident

